

Der Streit bei der Dampfschiff- fahrts-Gesellschaft.

Eine Darstellung der Gesellschaft.

Wie bereits bekannt, ist das seit kurzem gewerkschaftlich organisierte Personal der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft auf der deutschösterreichischen und der bairischen Strecke sowie in der Wiener Zentrale Sonntag nachmittags in den Streik getreten. Die Korrespondenz Wilhelm gibt über die Vorgeschichte dieser Angelegenheit die folgende Darstellung:

Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie hat die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft besonders schwer getroffen. Die Beschlagnahme ihrer auf dem Gebiet unterhalb Baja (ungarisch-jugoslawische Donauarenze) befindlichen Fahrbetriebsmittel, die Sequestrierung ihrer Werwerke, die Zwangsliquidierung ihrer Immobilien im Königreich Rumänien, die Kommunisierung ihrer Schiffsmerkt in Alt-Ofen, die Sozialisierung ihrer Eisenbahn Mohacs-Pecs, die Ausschaltung ihrer Verfügungsrechte auf den ungarischen Strecken und schließlich der Mangel jedweder nennenswerten Betriebseinnahme seit dem 1. November 1918 haben das Unternehmen in eine katastrophale Lage verfest. Dazu kommt, daß auch die Versuche der Gesellschaft, ihre mehr als 35 Millionen Kronen betragenden offenen Forderungen an die frühere gemeinsame Kriegsverwaltung hereinzubringen, bisher gescheitert sind. Sowohl während des Krieges als auch seit Abschluß des Waffenstillstandsvertrages hat die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ihrem Personal weitestehende materielle Unterstützun-

gen fortgesetzt bewilligt, so daß der Personaletat von zirka 12.000.000 Kronen im Frieden bisher auf mehr als 50.000.000 Kronen pro Jahr emporgeschwollen ist. Und dies alles, obwohl das Personal infolge der mit dem Umsturz eingetretenen Verhältnisse seit vielen Monaten zum großen Teil zu einer fast völligen Untätigkeit gezwungen ist.

Die Rücklagen aus den Erträgen der Vorjahre waren unter diesen Umständen rasch aufgezehrt, und die Verwaltung der Gesellschaft mußte daher schon seit Monaten zur Kontrahierung außerordentlich hoher schwebender Schulden greifen, um die enormen Geldbedürfnisse des Unternehmens befriedigen zu können. In dieser Situation hat die Gesellschaft die neuesten Forderungen ihrer Angestellten auf erhöhte Teuerungszulagen um so mehr abschlägig bescheiden müssen, als ein Vergleich mit den seitens der Eisenbahnverwaltungen bewilligten Kriegs- und Teuerungszulagen erwiesen hat, daß sich von einigen kleineren Differenzen abgesehen, die die Gesellschaft auszuweichen bereit war, die Schiffahrtsangestellten den Eisenbahnangestellten gegenüber ganz erheblich im Vorteil befinden. Trotz alledem war die Verwaltung der Gesellschaft zu einer weiteren bescheidenen Zuvenduna unter der Bedingung bereit, daß die Organisationen sich für die glatte Abwicklung des Verkehrs in den Monaten Juni und Juli verbürgen. Dieser Bedingung lag der Gedanke zu Grunde, daß die Kräfte des Donauregimes innerhalb der nächsten drei Monate in der Friedenskonferenz wenigstens so weit eine Erledigung finden werde, daß der Gesellschaft hierdurch ermöglicht werden dürfte, die Grundlagen ihres zukünftigen Bestandes zu überblicken. Dies gilt auch für eine Reihe sonstiger Forderungen, die seitens der Angestellten im Laufe der Verhandlungen gestellt wurden, in erster Linie für eine besondere Sicherstellung der Pensionsansprüche über das bisher vorgegebene Ausmaß hinaus und für die Regelung der Arbeitszeiten.

Die Unmöglichkeit, die Forderungen zu erfüllen, wurde den Organisationen am 28. Mai eröffnet und begründet. Das Personal hat diese Mitteilungen mit der Verkündung des Streiks beantwortet.

Der Standpunkt der Angestellten.

Ueber die Ursachen des Streiks erhalten wir aus Kreisen der Angestellten und Arbeiter folgende Mitteilungen:

Während des Krieges haben die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaften ziemlich gute Geschäfte gemacht und sich aus den ihnen vom Staate übertragenen Arbeiten reiche Erträge geholt. Schiffpark und unbewegliches Vermögen der Gesellschaften sind fast zur Gänze zur Abschreibung gebracht, und die Gesellschaften

haben an den alten Staat hohe Forderungen. Die Entlohnungen der Angestellten und Arbeiter, die während des Krieges unter militärischem Zwange standen, waren durchaus unzureichend. Es wurde ihnen allerdings eine ansehnliche Teuerungszulage bewilligt, die jedoch nicht zu einem ausreichenden Gesamteinkommen führte, weil die Grundlöhne mit 64 Kronen monatlich begannen. Auf Grund einer im Monat März durchgeführten neuerlichen Bewegung verpflichteten sich die Direktionen, bis Ende April eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen, und falls sie in Ungarn höhere Teuerungszuschüsse gewähren, diese auch rückwirkend für das deutschösterreichische Gebiet auszusuchen. Obwohl aber in Ungarn auf Verfügung der Direktionen im Monat April ein erhöhter Teuerungszuschuß ausbezahlt wurde, ist dieser auf der deutschösterreichischen Strecke und den in Bayern befindlichen Angestellten nicht bewilligt worden. Nachdem nun neuerliche langwierige Verhandlungen betreffend die Erhöhung der Teuerungszulagen, Regelung der Arbeitszeit und Entlohnung der Ueberstunden, die derzeit mit 60 Heller pro Stunde vergütet werden, zu keinem Ergebnis führten, haben die Angestellten und Arbeiter am 27. Mai ein befristetes Ultimatum überreicht und sind angesichts der ablehnenden Haltung der Direktion in den Streik getreten.

Nebst den erwähnten Forderungen wird auch die rechtliche Sicherstellung der Pensionen angestrebt und insbesondere verlangt, daß in die Pensionsbezüge auch die Teuerungszuschüsse einbezogen werden, und daß die Gesellschaft mit ihrem beweglichen und unbeweglichen Vermögen für die Ansprüche an den Pensionsfonds haftet. Die letztere Forderung wird als besonders wichtig deshalb bezeichnet, weil selbst bei den derzeitigen geringen Leistungen der Pensionsfonds passiv ist und die Ansprüche der Angestellten und Arbeiter vollständig in der Luft schweben würden, falls ein Verkauf eintreten sollte.

Der Ausstand ist ein totaler, umfaßt die gesamte Strecke von Regensburg bis Eeben, den gesamten Personen- und Güterverkehr sowie die Magazin- und Bediendarbeiten in den größeren Dienststellen.

Linz ohne Mehl.

Aus Linz, 2. d., wird telegraphiert: Wie die „Tagespost“ meldet, hat heute infolge des Streiks bei der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft der Magistrat von Linz in einem dringenden Telegramm die Staatsregierung um Vermittlung gebeten, da der Streik die Lebensmittelversorgung gefährden müsse. Da sich der Streik auch auf die Lagerhäuser erstreckt, konnten heute früh die Bäcker kein Mehl fassen.